

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden  
Hauptredaktion: Postfachnummer: 10011  
Rue für Nachrichten: Nr. 10011  
Echtheit: u. Hauptredaktion: Dresden - U. 1, Wartenstraße 28/42

Bezugspreis vom 1. bis 15. September 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.  
Wochenspreis für Monat September 3,40 RM, ohne Postausgabengebühr, Einzelnummer 15 Pfg.  
Kaufpreis 30 mm breite Seite 15 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienangehörigen und Stellen-  
gehälter ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Anzeigenblätter 200 Pfg., außer-  
halb 250 Pfg. Citerengebühr 20 Pfg. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Pöppel & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) (Schiffstr.) (Verlag) (Schiffstr.)  
Echtheit: u. Hauptredaktion: Dresden - U. 1, Wartenstraße 28/42

## Verzicht auf das Flottenbündnis

### Frankreichs Wille scheitert an Amerikas Finanzmacht - Die Folgen für Deutschland

London, 8. Sept. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ betont in Uebereinstimmung mit den in den letzten Jahren bereits von anderer Seite gehegten Vermutungen, nach seinen Informationen sei es sehr wahrscheinlich, daß

das englisch-französische Flottenabkommen von London und Paris ohne Aussehen aufgegeben und der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht unterbreitet werde.

In diesem Falle werde auch alles versucht, um die Veröffentlichung des Originaltextes zu verhindern. Der Hauptgrund für die Zurückziehung des Abkommens bestehe in der verspäteten Erkenntnis, nicht nur des unüberwindlichen Widerstandes der Regierungen Amerikas und Italiens gegen das Abkommen, sondern vor allem auch in dem außerordentlich starken Mißtrauen, das in der amerikanischen und italienischen Öffentlichkeit durch das Abkommen hervorgerufen worden sei. Durch direkte oder indirekte offizielle Kanäle seien die Regierungen in London und Paris in den letzten Tagen in diesem Punkte endgültig belehrt worden. Selbst Frankreich beginne sich langsam der Tatsache bewußt zu werden, daß seinen Interessen in Washington schlecht gedient sei, wenn es auf dem Kompromiß bestehe, und daß in diesem Falle jede

Hoffnung auf eine Veränderung des amerikanisch-französischen Schuldenabkommens

endgültig aufgegeben werden müsse. Die Zustimmung der japanischen Regierung zu dem Abkommen mache diese Nachteile nicht weit. Die Frage, was nach der Aufgabe des Flottenabkommens aus dem englischen Zugeständnis an Frankreich in der Frage der militärischen Reserven wird, läßt der Korrespondent offen, verweist aber auf die außerordentliche Bedeutung dieses Punktes für die deutsche Politik.

Wie „New York Herald“ hierzu aus London meldet, hat England das englisch-französische Seeabkommen fallen gelassen. Obgleich diese Mitteilung nicht als amtlich angesehen werden könne, werde in wohlunterrichteten Kreisen erklärt,

daß Lord Cusshendun nach der Mißstimmung, die das Abkommen in Washington und Rom hervorgerufen habe, nur übrigbliebe, den Ministerpräsidenten Baldwin in Aix les Bains aufzusuchen, um mit ihm diesen Schritt zu besprechen.

Noch klingt die Kunde zu schön, als daß man sie glauben könnte. Sollte sie sich bewahrheiten, so darf man sie freilich nicht auf Konto der Genfer Abrüstungsreden buchen. Stärkere Realitäten sind es allein, die Frankreichs Halsstarrigkeit zu brechen vermögen. Der „Daily Telegraph“ deutet sie an. Frankreich kämpft mit Amerika um Nachlaß seiner Kriegsschulden. Seine Versuche, durch Veranickung dieses Problems mit Rheinland- und Reparationsfrage uns gegen Amerika auszuspielen, sind bekannt. Aber sie scheinen nicht zum Ziele zu führen. Dazu ist die Verärgerung in Amerika über das heimliche Flottenbündnis zwischen England und Frankreich zu groß. Frankreich sieht wohl langsam ein, daß es mit Amerika zu einer Einigung in der Kriegsschuldenfrage nur kommen kann, wenn es auf die Unterstützung der englischen Flottenpolitik verzichtet. Trifft dieser erfreuliche Tatbestand ein, dann ergeben sich für uns Deutsche zweifellos sehr begünstigende Folgen. Die Folgerung des englisch-französischen Flottenbündnisses war bekanntlich erneuter Druck der Belagungsmächte am Rhein. Ausdruck dafür sind die gemeinsamen englisch-französischen Manöver: Zerbricht das Flottenbündnis an Amerikas Finanzmacht, dann wird auch das englische Interesse an der Unterstützung der französischen Kontinentalbestrebungen wieder verschwinden. Für die deutsche Politik ergibt sich dann eine weit günstigere Gelegenheit, die Forderung auf Räumung durchzusetzen als jetzt, wo wir vergeblich gegen den gemeinsamen englisch-französischen Willen ankämpfen.

## Mord geht durchs Land!

Keine Aufhäufung, nicht Verzerrung der Tatsachen, sondern die nackte Wirklichkeit von heute, die Gefahr von morgen kündigt der Alarmruf. In aller Öffentlichkeit wird heute der politische Einzelmord an Andersgestimmten ausgeführt und als Massen- und Klassenmord organisiert. Rote Blutbanner ziehen ihm voran. Von Moskau aus eingerichtet, unterstützt und geleitet, haben wir in der deutschen Republik unsere rote Armee, die trotz Polizei und Reichswehr die Strafe beherrscht. Fremde Sendlinge predigen der marxistischen Jugend das Schreckenswort: Schlachtet die Bürger! Träufeln das Gift tödlichen Hasses gegen den Landmann in deutsche Herzen. Und rufen mit Trommeln, schmetternd mit Trompeten, während die Welt in Friedenssätzen ertrinkt, immer die gleiche Parole: Krieg - Bürgerkrieg! Wenn tausend Jagdbands dazuwischen anziehen, der Jahrmarktstrummel neuzeltlicher Vergnügungen darüber schreit und brüllt, es ist doch nur der Tanz um den Abgrund. Alles überdönd, schwillt der Wahlgelass des Bürgerkrieges.

Ist das Uebertreibung? Gut, wenn es so wäre! Aber die Tatsachen, die wir Tag für Tag erleben, dulden keine andere Deutung. Keine Zeitung fast, die nicht von einem politischen Mord berichtet. Was früher, vor einigen Monaten noch, die übliche Sonntagserbrik war, ist bereits zur alltäglichen Notiz geworden und verliert an Beachtung. Da werden ein paar Stahlhelmer niedergestochen. Kein Dahn kräht mehr danach. In Porzheim arbeiten Kommunisten mit Schlagringen und Rauchbomben, vernebeln die Straße und spotten der Staatsgewalt. In Döben wollen 17 Jungkommunisten das Rathaus stürmen, bei Hamburg wird ein Bürgermeister in offener Sitzung verprügelt. Am tollsten aber geht es, wie immer bei solchen Gelegenheiten, in Sachsen zu. Dresden hat erst am vergangenen Sonntag eine Bekehrung erlebt, wie die Diktatur des Proletariats aussehender soll. Die Polizei hat zu parieren, sonst werden ihr die Waffen entrissen und die Köpfe mit Fahnenstangen blutig geschlagen. Beamte werden mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Müllerbüge Flaggen werden von den Häusern geholt, und die Bürger müssen froh sein, wenn die roten Volksgenossen vorläufig noch darauf verzichten, in die Fenster einzuziehen und sie abzuschlachten. Die Staatsgewalt versagt. Rotfront pfeift auf die Staatsgewalt; denn dank Herrn Seeringhs Fürsorge für seine „politischen Kinder“ ist Rotfront Herr der Straße. Und der Bürger hat das Maul zu halten.

Aber die Dresdner Vorkommnisse sind nur eine kleine Kostprobe, bloß ein Schmarbel zur praktischen Erprobung kommunistischer Kampftaktik. Die eigentliche Kriegsschule zur Vorbereitung des Bürgerkrieges befindet sich natürlich in der Chemnitzer Hochburg. Da ist auf den Dittersdorfer Höhen ein „Lager Woroschilow“ aufgeschlagen, und da herrscht unter den Augen des republikanischen Staates ein kriegerisches Treiben wie auf einem großen Truppenübungsplatz des imperialistischen Militarismus. Bewachungspost, Geländebewachung, Schießausbildung und die feineren Feinheiten der Kriegsführung bilden die Grundlage. Daneben werden aber auch die besonderen Verwendungszwecke einer roten Armee nicht vergessen, die besten Methoden des Straßenkampfes, die kampfmäßige Befehung von öffentlichen Gebäuden und Fabriken und nicht zuletzt die Sicherung von Geiseln. In den Straßen der Stadt wird öffentlich Alarm geblasen, und kriegsmäßige Appelle sind eine Selbstverständlichkeit. Kein Wunder, daß Moskau mit diesen Fortschritten zufrieden ist und Rotfront als Mutter für die Einrichtung ähnlicher Organisationen in allen Ländern empfiehlt. Nur daß diese Staaten nicht so dumm sind, daß sie sich die Keimzelle zu ihrer Niederkämpfung ins eigene Nest setzen lassen, und überall scharf durchzusehen, wo sich Ansetzer zeigen. Im Sowjetreich hat man gegen solche Bestrebungen eine eigene Methode. Wer im Verdacht steht, daß ihm die rote Gewalt herrschaft nicht gefällt, der ist ein Gegenrevolutionär und wird ohne Prozeß an die Kellerwand gestellt. Schon in den Hinterkopf. Aus! Nur in Deutschland zieht man der Betätigung der Gefinnungsfreiheit nach links hin so weite Grenzen, daß die Folgen Selbstmord für den Staat bedeuten. Als der letzte Reichsinnenminister diesem Treiben mit harter Hand Einhalt gebieten wollte, da schrie die ganze rote Bruderschaft Peter und Moritz, und die linksregierten Länder fielen ihm in den Arm. Natürlich erhebt Rotfront nur noch frecher das Haupt und terrorisiert heute das ganze Volk.

Es ist allerhöchste Zeit, daß jetzt endlich mit diesen Zuständen Schluss gemacht wird. Verstehe, wie sie die sächsische Regierung eingefordert und, ohne sie der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben, an die Reichsregierung weitergeleitet hat, genügen in diesem Stadium nicht mehr. Die sächsische Bevölkerung hat die Schrecken roter Blutherrschaft zu sehr an eigenen Leibe gespürt, als daß sie sich mit einer papierernen Bekämpfung des Rotfront-Unwesens begnügen könnte. Wo für haben wir eigentlich ein Republikanisches Gesetz? Und wofür einen Reichsinnenminister, der es anzuwenden und für den Schutz des Staates und der Staatsbürger zu sorgen hat? Kein Zweifel, wenn sich ein rechtsgerichteter Bund auch nur einen Teil der Frechheiten und der Gewalttätigkeiten leisten würde, wie sie in der kommunistischen Kampforganisation gang und gäbe sind, Polizei und Wehrmacht wären längst mobilisiert, die Gefangnisse würden bevölkert und die Gerichte überflutet mit Verurteilungen wegen Hochverrats. Statt dessen werden jetzt in Verfolg der Amnestie wieder 61 Hochverratsprozesse gegen Kommunisten

## Frankreich macht neue Schwierigkeiten

### Unerfüllbare Forderungen aus dem Dawesplan

Paris, 8. Sept. „Echo de Paris“ veröffentlicht einen recht aufschlußreichen Aufsatz über die Genfer Rheinlandverhandlungen, der sicherlich auch die Aufmerksamkeit eines Teiles der französischen Welterbunddelegation widerspiegelt.

Der Genfer Berichterstatter erklärt u. a., während der französischen Ministeramt am 23. August die Bedingung einer allgemeinen Regelung der Reparationen und Schulden stellte, werde diese Bedingung in Genf kaum erwähnt, denn sie würde in der Tat angesichts des Fernbleibens der Vereinigten Staaten die einfache

### Ablehnung der deutschen Räumungsforderungen

bedeuten. In der französischen Delegation habe jemand das Wort gesprochen, warum Herrmann Müller nicht einfach die Pläne von Thoiry wieder aufnehmen sollte. Diese Bemerkung bedeute eine vollständige Verkennung der gegenwärtigen Lage. Als die Regierung von Thoiry im September 1926 stattfand, bestand sich Frankreich in finanziellen Wirren. Es wußte nicht, ob es ihm möglich sein würde, sich aus eigener Kraft die für die Währungsregulierung notwendigen ausländischen Kredite zu beschaffen. Jede Teilmobilisierung der deutschen Schuld und jede Unterbringung eines Abschnitts der Reparationsobligationen im Auslande schien damals eine Rettungsplanke. Heute freuen wir von Devisen, und sind interessiert eine Mobilisierung der Reparationsobligationen nur als Garantie für die künftige und regelmäßige Erfüllung des Dawesplanes. Das besagt, daß die verringerte Mobilisierung, die Deutschland anlässlich der Zurückhaltung Amerikas versprochen konnte (?), für uns höchstens eine Gehe des guten Willens bedeuten würde. Das ist ziemlich mager.

### Die Tage von Thoiry sind vorüber,

da man nun, wie Paul Boneour, Sicheitserwägungen ausschaltet und von den Deutschen als Gegenleistung eine endgültige Nichtzahlung des in zahlreichen Stellen noch unvollständigen Dawesplanes erwartet. Eine derartige Nichtzahlung kann aber nicht ohne ebenso umfassende Verhandlungen wie diejenigen über den Dawesplan im August 1924 vor sich gehen. Da die Deutschen darin zweifellos eine Gelegenheit sehen, unser Guthaben zu vermindern, ist es durchaus möglich, daß die angebliche Entscheidung für uns neue Opfer mit sich bringt.

Diese Opfer würden zweifellos beträchtlicher sein, wenn wir nicht noch über das Druckmittel der Rheinlandbefehung verfügten.“

Man wird nicht umhin können, die hier zum Ausdruck kommende wirtschaftliche Voigt zu bewundern. Danach aber wird es immer rätselhafter, wie denn, angesichts der Zurückhaltung Amerikas, die Nichtzahlung des Dawesplanes im Sinne eines finanziellen Ausgleiches gegen die Rheinlandräumung vor sich gehen sollte. Unter diesen Umständen könnte doch nur der vom „Echo de Paris“ angedeutete Beschluß des französischen Ministerates „die einfache Ablehnung der deutschen Räumungsforderungen bedeuten“.

## Beginn der Einzelbesprechungen Müllers

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 8. Sept. Reichskanzler Müller wird heute die Räumungsfrage offiziell auch bei den übrigen Mächten zur Erörterung bringen. Die Vertreter Englands und Belgiens sind bereits davon unterrichtet worden, daß Reichskanzler Müller mit ihnen die Räumungsfragen erörtern möchte. Im Laufe der nächsten Woche soll dann die bereits angekündigte Konferenz aller an der Räumungsfrage interessierten Mächte mit den deutschen Vertretern stattfinden. Ein genauer Termin für diese Konferenz steht jedoch noch nicht fest. — Reichskanzler Müller und Lord Cusshendun verließen heute gegen Mittag die Vollziehung der Bundesversammlung und begaben sich zu einer Besprechung in das Hotel Beauvogue, dem Sitz der englischen Delegation. Die Unterredung, an der auch Staatssekretär v. Schubert und der Privatsekretär von Lord Cusshendun teilnahmen, dauerte 40 Minuten. Der Reichskanzler legte in ausführlicher Weise den deutschen Standpunkt dar. Lord Cusshendun erklärte sich bereit, die Besprechungen in der geplanten Form fortzusetzen und ihren Gegenstand auch in einer gemeinsamen Besprechung der Belagungsmächte zu erörtern.

## Kein Entgegenkommen der Belagungsmächte

London, 8. Sept. Fortinax meldet dem „Daily Telegraph“ aus Genf, in der achtzigen langen Besprechung, die zwischen Briand, Cusshendun, Scialoja und Symans stattfand, sei die Lage erörtert worden, die durch das Ertrinken des Reichskanzlers um die Rheinlandräumung entstanden ist. Die genannten Delegierten wünschten anscheinend alle, daß Verhandlungen mit der deutschen Delegation in der nahen Zukunft beginnen, seien jedoch entschlossen, weder privat noch in Anwesenheit des Reichskanzlers zusammenzukommen, solange der Kanzler nicht formell seine Anregungen und Vorschläge zu ihrer Kenntnis gebracht hat. Eine unabhängige Autorität habe erklärt, der Kanzler sollte von sich aus den Plan wieder aufnehmen, den Stresemann 1926 in Thoiry ausgearbeitet hat.

## Cusshendun unterrichtet Baldwin

Paris, 8. Sept. Wie der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ aus Genf berichtet, wird Lord Cusshendun am Sonntag dem in Aix-les-Bains weilenden englischen Premierminister Baldwin über die Frage der Rheinlandräumung und die Unterredungen Briands mit Hermann Müller Bericht erstatten. Der gleiche Berichterstatter spricht von einer

### Konferenz in der Frage der Rheinlandräumung

zu fangen, die aber nicht vor Montag stattfinden könne. Der Berichterstatter des „Petit Journal“ dagegen ist der Ansicht, daß der Gedanke der Jückerkonferenz angegeben worden sei, und daß man jetzt plant, daß der Reichskanzler getrennt Cusshendun, Symans und Scialoja über seine Forderungen unterrichten werde.